

Szene München



Hipster-Burger statt Fleischpflanzerl

Als vor Jahren die erste Currywurst-Bude in München, namentlich der Bergwolf in der Fraunhoferstraße, eröffnete, diskutierte man lebhaft, ob eine Imbissbude, die bis spät in die Nacht zerstückelte Würstl (nicht etwa Weißwürste!) mit scharfer Soße und dazu fettige Fritten mit dem Namen „Pommes Schranke“ verkaufe, denn in die bayerische Landeshauptstadt passe. So etwas essen Berliner und Ruhrpottler, aber doch keine Münchner! Weit gefehlt. Es zeigte sich, dass der Bergwolf Pionierarbeit geleistet hatte und die Currywurst heute aus dem Glockenbachviertel nicht mehr wegzudenken ist.

Jetzt ist es wieder einmal Zeit für eine neue Spezialität aus der Hauptstadt: der Burger. Nein, nicht so ein Hamburger, wie man ihn bei den Fast-Food-Ketten kaufen kann. Der Burger, von dem hier die Rede ist, wird mit Bio-Fleisch zubereitet oder gleich mit einem Veggie-Pflanzerl. Er wird nicht einfach nur mit einer Scheibe Käse und reichlich Ketchup und Mayo serviert, sondern es gibt ihn in den eindrucksvollsten Varianten: etwa als Yakitori-Burger mit japanischer Soße und Wasabi-Nüssen, als Toscana-Burger mit gegrilltem Gemüse oder als Tiroler-Burger mit Krautsalat. Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. M.C. Müller, Schnelle Liebe und Cosmogril versuchen schon seit einiger Zeit, die Münchner auf den Geschmack zu bringen. Doch nun scheint der Durchbruch zu gelingen: Vor kurzem hat in der Nymphenburger Straße ein Restaurant namens Hans im Glück die Burgerbraterei aufgenommen. Das Hipster-Publikum kommt bereits in Scharen.

Nur die Namensgebung hätte kreativer sein können. Wieso nicht: Nymphenburger? In Berlin überrufen die Imbissbuden sogar schon die Friseur mit ihren kreativen Wortschöpfungen: Burgermeister, Burgersteig, Burgeramt, Frittersalon, Kreuzburger. Mit so einem hippen Namen schmeckt das Fleischpflanzerl doch gleich besser. *Beate Wild*

Münchner Unis kämpfen um Elite-Titel

Dieser 1. September war ein Tag der Erleichterung in den Münchner Universitäten, zumindest für all jene, die mit der Exzellenzinitiative zu tun haben. Es war der Bewerbungsschluss für die zweite Runde des Programms und die Unis haben ihre ausführlichen Anträge nun eingereicht. Ab 2012 schütten Bund und Länder über fünf Jahre 2,7 Milliarden Euro über den Universitäten aus, um das internationale Renommee des Forschungsstandorts Deutschland weiter aufzupolieren. Sowohl die Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) als auch die Technische Universität (TU) haben nicht nur Pfründe aus der ersten Runde zu verteidigen, sondern wollen noch mehr Forschungscluster und Graduiertenschulen einrichten.

Die LMU hat unter ihren vier neuen Anträgen zwei aus den Geisteswissenschaften: In einer Graduiertenschule soll wissenschaftlicher Nachwuchs im Bereich Altersforschung grundlegende Prinzipien erlernen, nach denen antike Kulturen funktioniert haben. Eine andere, zusammen mit der Uni Regensburg beantragte Graduiertenschule, würde Ost- und Südosteuropastudien betreiben. Zusammen mit den vier Fortsetzungsanträgen hat die LMU also acht Eisen im Feuer. Hinzu kommt als Krönung das sogenannte Zukunftskonzept, mit dem die LMU darum kämpft, auch künftig das Prädikat Exzellenz-Universität, kurz: Elite-Uni tragen zu dürfen. In der ersten Runde der Exzellenzinitiative gewann die LMU zusätzliche Mittel von 180 Millionen Euro für fünf Jahre. Zur Einordnung: Der Jahresetat der Uni liegt (ohne Kliniken) bei 485 Millionen Euro.

Die TU ist mit zwei neuen Projekten im Rennen: einem Cluster, sprich: einem Forschungsverbund zum Thema Elektromobilität und einer Graduiertenschule zu den Facetten des Faktors Risiko in der modernen Gesellschaft. Außerdem will auch die TU ihre bestehenden fünf Cluster und die Graduiertenschule weiterführen – und natürlich mit der Fortschreibung ihres Zukunftskonzept den Titel als Elite-Uni verteidigen. Denn allein das ist 40 bis 70 Millionen Euro wert.

Im November müssen die Bewerber ihre Konzepte vor einer Jury präsentieren, zudem bekommen die Unis Besuch von Prüfungskommissionen. Dann heißt es wieder: warten. Die Ergebnisse werden im Juni 2012 bekanntgegeben. *sekr*



Am Marienhof wird derzeit die Stadtgeschichte freigelegt – die Zukunft des Platzes hinter dem Rathaus ist unklar.

Foto: Stephan Rumpf

Staubige Mitte

Die Baustelle auf dem Marienhof ärgert Geschäftsleute und Passanten – wie lange sie bleibt, ist völlig offen

Von Jan Knobloch und Marco Völklein

Josef Wimberger ist Rentner. Regelmäßig schaut der Münchner an der Baustelle am Marienhof vorbei, macht Fotos mit seiner Spiegelreflexkamera, sieht den Archäologen bei der Arbeit zu. „Hochinteressant“ findet er das alles. Als Kind sei er hier noch mit dem Radl durch die Ruinen gefahren, erzählt er. Und jetzt will er natürlich genau wissen, wie es weitergeht mit den Grabungen auf dem Grundstück. Und mit der zweiten S-Bahn-Stammstrecke.

Wie es weitergeht – das würden auch die Geschäftsleute rund um den Marienhof gerne wissen. Und die Politiker im Rathaus. „Es ist eine Katastrophe“, klagt Wolfgang Fischer von City-Partner, dem Zusammenschluss der Geschäftsleute in der Stadt. Die City sei zwar kompakt und deshalb bei den Kunden sehr beliebt, doch wegen der Enge sei es auch wichtig gewesen, dass Kunden auf dem Marienhof etwas Grün und einen Platz zum Verweilen finden konnten. „Der ist jetzt weg“, sagt Fischer. „Die nächste Grünfläche ist der Englische Garten.“

Tatsächlich hat sich einzig an der Diernerstraße, Ecke Landschaftstraße, ein kleines Fleckchen Marienhof-Flair erhalten. Zwischen einer Hecke und hohen Schutthaufen stehen neben wucherndem Unkraut ein paar Metallbänke. Wie zum Trotz sitzen bei schönem Wetter dort die Passanten. Der Rest des Marienhofs dagegen ist eine riesige Baugrube. Seit dem Frühjahr lässt die Bahn auf dem Gelände graben. Archäologen suchen nach Resten der mittelalterlichen Bebauung, nach Spuren eines alten Luxushotels, ehemali-

ger Handwerks- und Handelshäuser und nach den Grundmauern der ersten Münchner Synagoge. Die Bahn hatte die Arbeiten anlaufen lassen, weil der Konzern, die Stadtspitze und auch das bayerische Verkehrsministerium gehofft hatten, dass München den Zuschlag für Olympia 2018 bekommt. Um rechtzeitig zu den erhofften Winterspielen mit der zweiten S-Bahn-Stammstrecke und dem geplanten Haltepunkt unter dem Marienhof fertig werden zu können, hatten die Archäologen wenige Wochen vor der Olympia-Entscheidung loslegen müssen. Wenig später war dann klar: München bekommt Olympia nicht, die zweite Röhre lässt auf sich warten. Und am Marienhof klappt seitdem eine riesige Baugrube.

Die sorgt für Verdross bei Geschäftsleuten und Passanten. „Wie es jetzt kommen ist – das ist der Super-Gau für

Alles hängt davon ab, ob das Geld für die zweite Stammstrecke da ist.

die Innenstadt“, findet Fischer. Wobei Verkäuferinnen aus den Geschäften auch berichten, dass der ein oder andere zusätzliche Kunde nun in die Geschäfte komme, weil der Weg quer über den Marienhof eben versperrt sei.

Wie lange die Baustelle dort noch sein wird, kann derzeit keiner sagen. Denn die Antwort hängt eng zusammen mit der zweiten S-Bahn-Stammstrecke – und deren Realisierung ist nach wie vor offen. Bis Ende Dezember, so haben es der Stadtrat und auch die Parteien im bayerischen Landtag gefordert, soll Klar-

heit darüber herrschen, ob der geplante Paralleltunnel zur bestehenden S-Bahn-Röhre unter der Münchner Innenstadt kommen wird oder nicht. Nun liegt es an Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU). Er muss klären, ob der Bund bereit ist, seinen Beitrag von etwa einer Milliarde Euro zum geplanten S-Bahn-Tunnel zu leisten.

Doch ob Ramsauer dies tatsächlich tut, ist unklar. Im Rathaus regt sich deshalb bereits Unmut. Die Grünen haben zuletzt eine Anfrage gestellt und wollen von der Stadtverwaltung wissen, wie es

an der sensiblen Stelle in der Innenstadt weitergehen soll. „Wir können den Marienhof nicht einfach so liegen lassen“, sagt Fraktionsvize Florian Roth. Bis Ende des Jahres müsse Ramsauer „hopp oder top“ sagen, findet Roth: „Eine weitere Hängepartie hätte sowohl für den Marienhof wie auch für die gesamte Münchner Verkehrspolitik negative Folgen“. FDP-Fraktionschef Michael Mattar würde die Grube am liebsten so schnell wie möglich wieder zuschütten lassen. Exakt ausgearbeitete Pläne für eine Neugestaltung des Marienhofs hat das Baureferat bereits seit 2007 in der Schublade.

Auch die SPD im Münchner Rathaus wolle schnellstens Klarheit, sagt deren Fraktionsvize Helmut Schmid. „Man kann den Marienhof nicht ewig so stehen lassen.“ Seiner Fraktion wäre es „natürlich am liebsten, wenn die Bauarbeiten nach Abschluss der archäologischen Grabungen weitergehen“, sagt Schmid. Die SPD gilt als größter Verfechter der zweiten Stammstrecke, sowohl im Stadtparlament wie auch im Landtag. Sollte Ramsauer allerdings keine klare Zusage geben, kann sich Schmid auch eine provisorische Lösung vorstellen, „damit sich die Leute dort wieder aufhalten können und das Bild wieder hergestellt ist“.

Die Geduld der umliegenden Gewerbetreibenden jedenfalls sei endlich, sagt Rechtsanwalt Wolfgang Leitner von der Kanzlei Labbé und Partner. Leitner hatte ein Dutzend Marienhof-Anrainer vertreten, als die vor Gericht einen besseren Lärmschutz von der Bahn erstritten hatten. Sollten die Dinge bis Jahresende nicht geklärt sein, „werden wir die Lage neu bewerten“, sagt Leitner. Auch juristische Schritte wollen man dann prüfen.

Zeil unter Zeitdruck

Bis Ende des Jahres will Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) den Bundeszuschuss für die geplante zweite S-Bahn-Stammstrecke gesichert haben. Hintergrund für den straffen Zeitplan ist auch eine Klausel im Bau- und Finanzierungsvertrag, den die Bahn und der Freistaat im Frühjahr geschlossen hatten. Darin haben die beiden Vertragsparteien nämlich vereinbart, dass der Vertrag „unter dem Vorbehalt steht, dass die Finanzierung des Projekts bis zum 31. Dezember 2011 gesichert ist“, heißt es aus dem bayerischen Verkehrsministerium. Sollte also keine Finanzierung zustande kommen, wäre das ein Rückschlag für den Minister, der das Projekt zuletzt massiv vorangetrieben hat. „So weit wie jetzt waren wir noch nie“, hatte Zeil im Frühjahr bei der Vertragsunterzeichnung gesagt und sich damit verbal selbst auf die Schulter geklopft. *mvö*

„Eine optimale Lösung, die niemanden beschädigt“

Der ehemalige bayerische Finanzminister und Leiter der Staatskanzlei, Kurt Falthäuser, über seinen Vorschlag im Konflikt um das Amerika-Haus

Am Dienstag hat US-Botschafter Philip D. Murphy an dieser Stelle die Schließung des Amerika-Hauses kritisiert. Nun entgegnet ihm der ehemalige Staatsminister Kurt Falthäuser.

Die SZ vom 31. August kommentiert den Umsiedlungsbeschluss für das Amerika-Haus des Kabinetts Seehofer mit harter Strenge: Die Entscheidung zähle zu den größten diplomatischen Fehlern, die Bayerns Staatsregierung begehen kann! Und: „Dies ist eine geschichtvergegnisse Haltung.“ Der Botschafter der Vereinigten Staaten, Philip D. Murphy, legt in einem emotionalen, geradezu pathetischen Namensartikel in der SZ noch ein Gewicht oben drauf: „Für uns bleibt diese Begegnungsstätte von zentraler Bedeutung für die Pflege und den Ausbau der Bayerisch-Amerikanischen Beziehungen.“

Einspruch, meine Herren! Gerade, wenn man die Geschichte des Münchner Amerika-Hauses beleuchtet, sehen die USA nicht gut aus und die Staatsregierung muss vom Vorwurf diplomatischer Tölperei freigesprochen werden. Denn diese Begegnungsstätte, die für die USA angeblich von so zentraler Bedeutung ist, wurde von den USA vor 14 Jahren mit leichter Hand einseitig gegeben. Ich erinnere mich noch genau:

Am 29. Januar 1997 sprach der damalige US-Generalkonsul in München, Nichols, bei mir in meiner Eigenschaft als Leiter der Staatskanzlei vor. Er erklärte mir nüchtern, dass die USA sparen müssten und deshalb der United States Information Service (USIS), die Trägerinstitution des Amerika-Hauses, zum Jahresende seine Zahlungen für das Haus einstellen müsse. Punktum. Keine Träne für die guten Bayerisch-Amerikanischen Beziehungen, keine Erinnerung an den symbolträchtigen Ort von Seiten der Amerikaner.

Es war die Regierung Stoiber, die noch in der gleichen Woche beschloss, das Amerika-Haus in eigener Verantwortung weiterzuführen. Stoiber schrieb etwa zwei Dutzend deutsche und amerikanische Firmen an und bat sie, einem Verein der Freunde des Amerika-Hauses als gut zahlendes Mitglied beizutreten, um auf diese Weise zumindest einen Teil der ausfallenden USIS-Gelder aufzufangen. Die Reaktion war ein voller Erfolg: fast eine viertel Million DM als jährliche Mitgliedsbeiträge konnten wir zusammenzählen. Auf dieser Basis konnte eine eigene Arbeitsgruppe unter der Leitung von Hans Zehetmair eine neue Konzeption erarbeiten, die im wesentlichen bis heute trägt. Der Vorwurf des diplomati-

sehen Fehlers trifft also die bayerische Politik sicher nicht.

Die robuste und schnelle Entscheidung der heutigen Staatsregierung hätte allerdings etwas mehr in Rechnung stellen können, dass man nicht lediglich eine Institution der Bayerisch-

Amerikanischen Verständigung umsiegelt, sondern damit die Konstruktion einer Vorgängerregierung. Diese Vorgängerregierung hat auch den Grundstein gelegt zu den besten Beziehungen zur Technikakademie Acatech. Nach der Gründung dieser Akademie entbrannte ein heftiger Wettbewerb zwischen Berlin und München um den Hauptsitz. Um dieses Wettrennen zu gewinnen, bot ich dem Gründungspräsidenten, Joachim Milberg, an, die ehemaligen Räume der Max-Planck-Gesellschaft in der Residenz mietfrei zu übernehmen. Es machte Sinn, im alten Sitz der Bayerischen Kurfürsten und Könige neben der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Schönen Künste eine dritte Akademie zu beherbergen. Dieser repräsentative Sitz war mitentscheidend für die Etablierung des Hauptsitzes von Acatech in München. Es ist vor diesem Hintergrund verständlich, dass die Staatsregierung heute Acatech in München durch ein größeres Raumangebot unbedingt halten will.

Wenn jedoch die Staatsregierung aufgrund bisherigen aktiven Handelns sowohl für das Amerika-Haus als auch für Acatech gleichzeitig zwei Institutionen verpflichtet ist, sollte man umschichten nach einer optimalen Lösung suchen, die beide Seiten nicht beschädigt.

„Massives Einsparpaket“

Arbeitsreferent Reiter kritisiert die geplante Reform der Ein-Euro-Jobs

Die Reform hat einen wohlklingenden Namen, doch die Langzeitarbeitslosen und die 33 sozialen Betriebe in München haben davon nichts Gutes zu erwarten: Tatsächlich sei das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“, das der Bundestag noch im September verabschieden will, nichts anderes als ein „massives Einsparpaket“, warnt Arbeits- und Wirtschaftsreferent Dieter Reiter (SPD). Es sei eine „Mogelpackung“, sagt Karin Majewski, die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände München.

Die sozialen Betriebe kümmern sich vor allem um Menschen, die sehr lange arbeitslos sind und wegen sozialer, gesundheitlicher und persönlicher Probleme kaum eine Chance haben, einen Job zu finden. Darunter sind Jugendliche, die in der Schule gescheitert sind, Suchtkranke, Wohnungslose, psychische Kranke und Schwerstbehinderte. Ziel ist, sie über Arbeitsmöglichkeiten, die sogenannten Ein-Euro-Jobs, zu stabilisieren und berufliche Qualifizierungen zu vermitteln. Knapp 2500 Teilnehmer schickte das Jobcenter in die sozialen Betriebe, immerhin 19 Prozent kamen danach auf dem ersten Arbeitsmarkt unter, 17 Prozent gingen in weiterführende Fortbildungen. Die Betriebe bieten sozialpädagogische Betreuung und ein realistisches Berufsfeld. Die Aufgaben reichen von Hausmeisterdiensten, handwerklichen Dienstleistungen und Büroarbeit bis hin zur Gastronomie. Doch wenn es nach dem neuen Gesetz geht, warnt Rei-

Wenn Wettbewerbsneutralität gefordert werde, seien die 33 sozialen Betriebe in Gefahr.

ter, werde es die Möglichkeit nicht mehr geben, sich unter annähernd realistischen Bedingungen zu bewähren, wie zum Beispiel in einer Fahrradwerkstatt. Künftig könne man vielleicht Schneeschaufler für den Sommer rekrutieren, statt sinnvolle Beschäftigung zu bieten, ärgert sich Reiter. Denn die Kriterien für die Zulassung von Ein-Euro-Jobs sollen erheblich enger als bisher ausgelegt werden. Doch wenn völlige Wettbewerbsneutralität gefordert werde, seien die 33 sozialen Betriebe in Gefahr, so Majewski. Dabei stellen sie Reiter zufolge bei mehr als 20 000 Handwerksbetrieben in München auch jetzt keine Konkurrenz dar.

Bedrohlich sei aber auch, dass der Bund seine Ausgaben für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit, woraus unter anderem Ein-Euro-Jobs finanziert werden, immer weiter kürzt. Von 43,4 Millionen Euro im Jahr 2010 über 36,9 Millionen Euro (2011) soll das Budget des Jobcenters auf 28 Millionen Euro im kommenden Jahr sinken, während die Stadt ihre Förderung in diesem Bereich konstant bei 21 Millionen Euro hält. Reiter warf dem Bund vor, so den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufzulösen. „Dadurch wird sich die Langzeitarbeitslosigkeit weiter verfestigen.“ OB Christian Ude hat deshalb in einem Brief an Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen Korrekturen verlangt. *Sven Loerzer*



Kurt Falthäuser

Der CSU-Politiker leitete unter Edmund Stoiber von 1995 bis 1998 die Staatskanzlei und war danach bis zum Jahr 2007 Staatsminister der Finanzen.